

Lübener Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 24.

Mittwoch den 24. Januar 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Niederlagen der Wucherpolitik.

— Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß es trotz allen mühenreichen Tobens der Junkerfamilie um die Millionenprofite aus dem Wuchergewerbe, trotz aller Unterstützung, die ihnen dabei die Regierung zu theil werden läßt, dennoch mit der agrarischen Herrlichkeit bei uns langsam bergab geht. Die ökonomischen Verhältnisse sind eben stärker als alles Andere, und während noch die willfährige Regierung sich um neue Profite für die Junker bemüht, zwingen die ökonomischen Verhältnisse dieselbe Regierung bereits, Dämme in die Zoll- und Abperrungsmauer zu legen, die sie bereits für die Junker errichtet hatten und die sie soeben enorm zu erhöhen trachten.

Der brutale Uebermuth des Junkerthums, den wir eben jetzt zu spüren haben, hat zwei Ursachen: einmal die wirtschaftliche Erstarkung der Großgrundbesitzer in den Jahren der Prosperität, zum andern die Eier der Nimmersatten, die noch höheren Profite der Industriearbeiter in der Prosperitätsperiode zu erreichen und zum dauernden Zustande zu machen.

Die Kartellirung der Groß-Landwirtschaft hat in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht. Die agrarischen Kartelle haben eine enorme Vertheuerung der notwendigen Lebensmittel durchgesetzt. Es giebt gegenwärtig fast kein Lebensmittel, welches nicht zum Gegenstand einer wucherischen Vertheuerung durch einen agrarischen Ring gemacht worden wäre. Dadurch ist der Uebermuth der Agrarier gewachsen. Weil sie den Konsumenten von sich völlig abhängig wissen, wollen sie ihn jetzt zum Weißbluten bringen.

Die größten Profite machen die Junker gegenwärtig am Fleisch, und zwar am Schweinefleisch fast noch mehr als am Rindfleisch oder Hammelfleisch. Unsere Junker betreiben die Schweinezucht im Großen und das Fleisch der Schweine, die sie zu Markte treiben, wird selbst von den Aemtern gegessen. So können sie an der Preistreiberei des Schweinefleisches Riesengewinne machen.

Die Abperrungspolitik des Reiches kommt ihnen dabei in ihren Wirkungen zu Gute. Seit Jahren verfolgt die Reichsregierung das Bestreben, die ausländische Schweinezufuhr vom deutschen Markte abzuschneiden. Die äußerlichen Gründe sind dabei sanitätspolizeilicher Natur. Einschleppung von Krankheiten, Minderwerthigkeit des ausländischen Schweinefleisches, schlechte Unternehmung der Thiere oder des bereits zubereiteten Fleisches, boten der Regierung den Anlaß, die deutsche Grenze durch ein wahres Netz von landespolizeilichen Verordnungen gegen die ausländische Schweine- und Schweinefleischzufuhr abzusperrten. Als eine der allgemeinen wirtschaftlichen Wirkungen dieser Maßnahmen ist die enorme Erhöhung des Schweinefleischpreises bei uns zu betrachten. Die deutschen Agrarier können nicht so viele Schweine züchten, als in Deutschland verzehrt werden; der Mangel erzeugt gesteigerte Nachfrage und die Nachfrage treibt den Preis. Der Schweineantrieb auf den deutschen Viehmärkten ist infolge der Einfuhrverbote erheblich zurückgegangen. Allein auf dem Schlachthof der Reichshauptstadt wurden im letzten Monat 1901 — in einem einzigen Monat! — 10000 Schweine weniger geschlachtet als im Monat Dezember 1900. Auch die Zahl der geschlachteten Küder und Kälber ist um ungefähr je 1000 geringer gewesen. Nach den Berechnungen der „Vossischen Zeitung“, eines objektiven Beurtheilers der Dinge, verhielt sich der Preis für Schweine in Berlin im Monat November v. J. zum Durchschnittspreis des Zeitraumes von 1889 bis 1898 wie 117,1 : 100, im Oktober v. J. betrug er 115,6 : 100. Das heißt: die Agrarier sind dabei, den Preis der Schweine ununterbrochen zu treiben und aus der Sperrung der deutschen Wucherprofite für sich zu ziehen. Es giebt das dem deutschen Proletariat einen Vorgesmack der Ausplünderung schamloser Art, welche die Junker an den Arbeitertaschen vornehmen würden, wenn sie die Getreidezollbeute glücklich aus diesem Reichstag heimzuschleppen könnten.

Aber es zeigt sich auch jetzt bereits, daß der Agrarwucher seine Grenzen in den realen Verhältnissen findet. Sobald der Ernährung der Bevölkerung ernste Gefahren drohen, muß der Staat seine geliebten Junker im Stich lassen, im Interesse seiner Selbsterhaltung. Die Probe hierauf muß jetzt die agrarisch gesinnte Regierung des Industriestaates machen. Im Allgemeinen sind in Sachen der Lebensmittelpreise niedriger als in Norddeutschland, aber auch der Verdienst der sächsischen Arbeiterklasse ist entsprechend geringer. Dazu kommt noch, daß die kapitalistische Wirtschaftskrise in Sachsen besonders verüstend gewirkt und zweitausende Arbeitskräfte aufs Pflaster geworfen hat, Verzweiflung und Hunger in den Arbeiterfamilien, die den Preis des Fleisches nicht mehr erschwingen können! Das zwingt die sächsische Regierung zu wirtschaftlichen Maßnahmen. Sie will den Fleischpreis verbilligen, indem sie das Schweine-

einfuhrverbot durchbricht und die Einfuhr lebender Schweine aus Oesterreich-Ungarn wieder zuläßt.

Auf die Nachricht hin haben die Agrarier sofort Alarm geschlagen. Die agrarische „Zentralstelle für Viehverwertung“ sprach von einem Preissturz, den die Einfuhr ungarischer Schweine herbeiführen werde, und der so groß sein werde, daß er die Landwirtschaft zwingen würde, „die Schweinezucht als unrentabel aufzugeben!“ Dabei kommt aus Oesterreich-Ungarn nur ein Theil der gesammten Schweinezufuhr, welcher Deutschland bedarf. Der Reichskanzler ist aber den bedrängten Agrariern sofort beigeflogen und hat an die sächsische Regierung den Wunsch gerichtet, ihren Entschluß vorläufig nicht auszuführen, sondern erst das Ergebnis der von ihm und dem preussischen landwirtschaftlichen Minister einzuleitenden Erhebungen abzuwarten, was denn auch die sächsische Regierung thun will.

Die junkerliche Wucherfamilie ist darüber in großer Erregung, denn es besteht kein Zweifel, daß, wenn diese Erhebungen wirklich objektiv vorgenommen werden, sie zu einer Aufhebung des Schweineeinfuhrverbots oder wenigstens eines Theiles desselben führen müssen. Wir können nicht beurtheilen, ob die Gefahr der Einschleppung der Viehseuchen nach Deutschland heute noch so groß ist als vor Jahren, das aber ist offenkundig: die soziale Noth in Deutschland ist so groß, daß die Viehpreistreiber der Junker schwer auf die Bevölkerung — zumal auf die Arbeiterklasse — drücken, und daß das Reich, alles, was in seinen Kräften steht, thun muß, um eine Verbilligung der Lebensmittelpreise herbeizuführen, wenn es nicht selbst schweren Schaden leiden will.

Statt dessen hilft die Reichsregierung den Agrariern bei der Hinaufreibung der Zölle, die eine noch höhere Vertheuerung der notwendigen Lebensmittel zur Folge haben wird. Aber die ökonomischen Zustände machen auch die wildeste Agrarpolitik bankrott. Je wilder und wilder sie sich gebildet, je eher bricht sie zusammen. Wenn die ausgebeutete Masse die Brod- und Fleischpreise nicht mehr zu erschwingen vermag, wenn die Familien hungern und der Hunger die Ueberschüsse der Staatseinnahmen zu Defiziten zusammenstreicht, dann muß die Volkswirtschaft zurück von der agrarischen Bahn, und wenn die Macht der Junker noch so groß wäre.

Bereits werden die durch ein paar Jahre so machtvollen agrarischen Kartelle durchbrochen. In Genthin hat der Verband deutscher Chokoladenfabrikanten, gezwungen durch die unverschämte Preistreiberei des Zuckerkartells, eine eigene Zuckerrabrik errichtet. In Berlin ist der Versuch der Agrarier, den Milchkonsum Berlins in die Hände eines Kartells zu bringen, jämmerlich gescheitert und die Filialen des Milchringes fristen eine kümmerliche Existenz. Nebenliche Niederlagen haben die ausbeuterischen Junker an anderen Orten erlebt. Es geht abwärts mit der Ausplünderung des Volkes durch die Junker, und es scheint, als solle der Bollkampf einen erbitterten Krieg der Lebensmittelkonsumenten gegen das Junkerthum eröffnen. Der agrarische Bogen ist überspannt worden, das Volk wehrt sich.

Es darf nicht nachgelassen werden im Kampf gegen die Brod- und Fleischwucherer. Die Kraft ist auf Seiten des Volkes und führt zum Siege.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Die Stichwahl in Schaumburg-Lippe findet nach amtlicher Bekanntmachung schon an diesem Freitag, den 31. Januar statt. Die amtliche Zählung stellt sich für den freisinnigen Kandidaten noch günstiger heraus. Darnach hat Demmig nicht dieselbe Zahl von Stimmen erhalten wie Graf Reventlow, sondern Demmig erhielt 3054 Stimmen, während auf den Grafen Reventlow nur 3016 Stimmen gefallen sind und auf den sozialdemokratischen Kandidaten Reichenbach 1634. Auf den Kandidaten Busch zerstückelten sich 51 Stimmen.

Ein erledigter Reichstagsitz. Der konservative Reichstagsabgeordnete Graf Lindowström, Mitglied des Herrenhauses und Landrath des Kreises Gerdaun, ist Sonntag nach längerer Krankheit in einem Berliner Hotel gestorben. Der Verstorbene vertrat im Reichstage, in den er 1898 gewählt wurde, den Wahlkreis Rastenburg-Friedland. Es erhielt bei der letzten Wahl Stimmen: Lindowström 9141, Gutbesitzer Braun (SD.) 3263, Engelbrecht (FVp.) 2845, Herrmann (B.) 122, auch wurden noch irtümlicherweise 50 Stimmen für unseren Genossen Haase-Königsberg abgegeben, zweifellos infolge Verwechslung von Stimmzetteln. Graf Lindowström, der sich mehrfach durch heftige Bekämpfung unserer Partei hervorgethan hat, war einer der Führer der Agrarier, doch neigte er mehr zu Kompromissen als der Vorstand der Bündler, sodas schließlich eine gewisse Entfremdung zwischen ihm und den extremen Agrariern eintrat.

Parlamentarisches. Wie der „Pfälz. Cour.“ mittheilt, hat der nationalliberale Abg. Frhr. Hegl zu

Herrnsheim seinen Austritt aus der Zollkommission angemeldet, weil er bei seinen schutzökonomischen Bestrebungen von den Nationalliberalen der Reichstagsfraktion nicht genügend unterstützt werde. — Zur zweiten Lesung des Reichshaushaltsetzes ist von Mitgliedern desentrums, der Nationalliberalen und der Freisinnigen Vereinigung der Antrag gestellt worden, den Reichskanzler zu ersuchen, eine Kommission zu bilden, welche die Aufgabe hat, die bisher seitens der Berufsvereine, einzelner Unternehmer und Gemeinden gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit getroffenen Versicherungsanstaltungen zu prüfen und Vorschläge über eine zweckmäßige Ausgestaltung dieses Zweiges der Versicherung zu machen.

Nicht Reden, sondern Thaten verlangen die Agrarier von Herrn v. Poddieski. Nach einer kleinen Kritik der zu Entgleisungen neigenden Redeweise des Ministers und nach einer Anerkennung der „natürlichen Wärme“ für die Landwirtschaft, die er gezeigt hat, wird er zunächst daran erinnert, daß es seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit sei, die deutschen Grenzen zum Schutze des „nationalen Schweine“ auch weiter dauernd verschlossen zu halten. Weiter heißt es:

Der Landwirtschaftsminister hat sich selbst als „traffen Anhänger der Heimathpolitik“ bezeichnet. Das ist ein harter, aber für einen preussischen Landwirtschaftsminister durchaus geeigneter Ausdruck. Er berechtigt zu der Hoffnung, daß der Landwirtschaftsminister diesen seinen Standpunkt nicht nur in Worten, sondern der That sicher ist, bekunden werde, sondern auch in Thaten, die schwieriger sind als Worte und vielleicht den Beifall gewisser Kreise nicht immer haben. Solche Thaten müssen wir freilich abwarten, ehe wir den bisher eingenommenen Standpunkt der Zurückhaltung ganz aufzugeben vermögen. Gut, zum Theil trefflich und prächtig, hat Herr von Poddieski als Landwirtschaftsminister gesprochen. Das erkennen wir gern an. Wenn wir aber volles Vertrauen zu ihm haben sollen, so muß er einen greifbaren Beweis geliefert haben, daß er entschlossen ist, diese anerkanntwerthen und anerkannten Worte in die entsprechenden Thaten umzusetzen, und daß er jetzt bei diesem Entschlusse bleibt, wenn sich auch Schwierigkeiten ihm entgegenstellen.

Diesen Beweis aber wird Herr v. Poddieski in den Augen der Wähler nur erbringen, wenn er im preussischen Staatsministerium für höhere Getreidezölle, als sie im Zolltarifentwurf vorgesehen sind, eintritt. Zur Erleichterung seines Entschlusses werden ihm sein Vorgänger, der „mit einer bei ihm ungewöhnlichen Entschiedenheit für höhere Zölle eingetreten ist“, und der jetzige v. Miquel vorgebildet. Der Bund der Landwirthe hat geflissentlich an Herrn v. Poddieski ist es nun, zu tanzen.

Nationale Wirtschaftspolitik. „Galizische Arbeiter, Männer, Weiber, Burschen besorgt in jeder Zahl vom 1. Februar 1902 ab für Feld-, Viegelei- und Forstarbeit. Beschäftigungskosten frei Grenze 10 Mk., ermäßigte Lohnsätze (je nach Jahreszeit: Männer 0,80—1,10 Mk., Burschen und Mädchen 0,65—0,90 Mk., Deputat täglich 0,35 bis 0,40 Mk.), 6 Wochen Garantie gegen Kontraktbruch. Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer, Breslau.“ Dieses Inserat prangt seit Wochen im Organ des Herrn Dertel, des braven Mannes, der nur so von Deutschland trieft und die Phrase vom „Schutz der deutschen Arbeit“ mindestens drei Mal täglich herplappert. Die „deutsche Arbeit“ ist in tausend Nothen, nach Millionen zählt die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland, aber die Landwirtschaftskammer in Breslau stellt galizische Arbeiter „in jeder Zahl!“ Die Landwirtschaftskammer in Hannover macht die Sache noch feiner, die stellt gleich „Galizier, Ungarn und Russen in jeder Anzahl und Zusammensetzung“. Sie sind doch wirklich Wohlthäter der Menschheit, diese agrarischen Institute! Der deutsche Arbeiter soll keine Ruhe haben, die Galizier besorgen die Arbeit schon. Und wie fein die Herren das Geschäft verstehen: 0,80 bis 1,10 Mk. Lohn und 35 bis 40 Pf. Deputat, macht 1,15 bis 1,50 Mk. für einen erwachsenen Arbeiter! Freilich, die Krise macht sich auch drüben bemerkbar in Galizien und in Rußisch-Polen: die Fabriken werfen zu Tausenden die Arbeiter aufs Pflaster, wer irgend kann, wird sich zur Frohnarbeit auf den schlesischen und sächsischen Rüben- güttern drängen; da müssen denn die Leute sich zu jedem Lohn verstehen. Menschenschweiß ist arg billig geworden! Wenn aber die Galizier gar so billig sind, was bleibt den Arbeitern aus Schlesien, Posen, Westpreußen anders übrig, sie werden zu gleichen Preisen sich verdingen müssen; sie werden im Sommer ausströmen in hellen Flügen bis nach dem Rheinland, nach Bayern, über ganz Deutschland. Und die deutschen Arbeiter? Die müssen sich halt auch damit zufrieden geben. So will es die deutsche nationale Wirtschaftspolitik. Man beachte: „35 und 40 Pf. Deputat“. Mit 35 bis 40 Pf. werden diese Menschen pro Tag ernährt. Einen Hund zu ernähren kostet heute mehr. Aber — nur solche empfiehlt die deutsche Landwirtschaftskammer in Breslau. Das ist deutsche nationale Wirtschaftspolitik. Und diese nationale Wirtschaftspolitik erfordert weiter, daß der Bestner Brodgetreide um 8 Mark verteuert werde. Man merke sich die Zahlen: 35 Pfennige Deputat, 8 Mark Brod- zoll — zählt und fordert die Landwirtschaftskammer in Breslau. Kommentar überflüssig.

offenbar in der Absicht, für seine ungewonnenen Mannschaften sich Gewehr und Pferde zu verschaffen. Er wurde jedoch mit einem Verlust von 3 Toten und 3 Verwundeten zurückgeschlagen. Gestein verließen die Buren einen Eisenbahnzug bei Pietersburg in die Luft zu sprengen. Das Sprenggeschick richtete jedoch keinen Schaden an. — „Eine große Anzahl“ Burchers hat Behrs also befreit; das läßt auf einen tüchtigen Erfolg der Buren schließen.

Als Johannesburg meldet „Reuters Bureau“: „Von dem Banch...“ Leiter, den Krieg bald beendet zu sehen, hat General Billo... der Kapstadt befehligt und sich im Jahre 1900 ergeben. Von Kitchener die Erlaubnis erbeten, ein Korps von 1000 Burchers für England anwerben zu dürfen. Kitchener gab seine Genehmigung und Billo... schrieb darauf an Sir... letzterer hartnäckig darauf bestanden, den Verweigerungskampf... zu vermeiden, wurde jetzt der Bürgerkrieg im Draufschlagen begonnen. Billo... ist gegenwärtig mit der Anwerbung von Burchers beschäftigt; es scheint, daß er die erforderlichen Mannschaften zusammenzubringen wird. — Es scheint den Engländern, weil sie es wünschen. Im Nachhinein wird nicht viel herauskommen, denn die Burengenerale dürften in dieser Hinsicht keinen Spaß verstehen, und wer von den Herrschern in ihre Hände fallen sollte, weiß sich eines standhaften hartnäckigen Widerstandes sicher.

Endlich meldet noch Kitchener aus Johannesburg vom 26. Januar: General Bullmer berichtet, er habe in Verbindung mit Mithelungen Bullmer's und Colville's eine Truppenkette um die Klust zwischen Spitzkop und Capriol neu geschlossenen. Gestein wurden bei Tagesanbruch nach kurzem Marsche durch schwieriges Gelände in der Richtung auf die Hochlande 36 Buren gefangen.

Das Kriegsgesetz, das über Kapland verhängt ist, bekräftigt die Zivilbevölkerung in hoher Maße. Von den in Kapland ankommandierten Schiffen darf Niemand ohne die Erlaubnis des dienstherrschenden Offiziers ans Land gehen; der Kommande muß eine Adresse angeben, wohin er sich begibt. Auch darf Kapstadt Niemand verlassen, ohne einen von der militärischen Behörde erhältlichen Erlaubnisbeschein zu besitzen. Zwischen 8 Uhr Abends und 5 Uhr Morgens darf Niemand aus noch eingesperrt werden. — Auf Grund dieser Bestimmungen erfolgte auch die bekannte Maltraktierung der Mrs. Hobhouse.

Das englische Oberhaus nahm Montag folgenden Antrag Wemyss an: „Nur durch kräftige Weiterführung des Krieges und durch die Uebergabe der noch im Felde stehenden Guerilla-Burentrupps ist es möglich, daß ein befriedigender, dauernder Frieden gesichert werden kann. Das Haus billigt dies und unterstützt kräftig das Vorgehen der Regierung.“ Ein Unterantrag Wemyss, den letzten Satz der Wemyss'schen Resolution zu streichen, wurde nach mehrstündiger Debatte mit 60 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

China.

Der Hunnenzug nach China hat zwar die Fingigkeit — im wörtlichen Sinne — der europäischen Truppen erwiesen und mancherlei Sachen, wie z. B. die astronomischen Instrumente von der Pekinger Stadtmauer, fanden auf sehr merkwürdige Weise ihren Weg nach Europa. Doch das bare Geld der chinesischen Regierung, das etwa zur Deckung der Kriegskosten hätte beschlagnahmt werden können, fiel jedoch nicht in die Hände der Eindringlinge. Jetzt meldet eine Depesche aus Peking: „Die Behörden fanden den Schatz von mehr als 100 Millionen Taels in Gold und Silber, welchen man im Palais vor der Stadt versteckt hatte, unterjocht wieder vor; es vergingen mehrere Tage, bis man ihn ausgegraben hatte.“ — Für die „Friedensstifter“ hätte dieser Schatz doch etwas mehr Werth gehabt, als die versprochene Kriegsschädigung. Nur fanden sie ihn leider nicht!

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 28. Januar.

Der Zuzug von Schiffbauern, Schlossern, sowie überhaupt von Metallarbeitern nach Kiel ist streng fernzuhalten, da die Germania-Werft nachgewiesenermaßen Lohndrücker von auswärts zu importiren versucht.

Als Momentbilder eines Kulturstaates stellen sich die Gefangentransporte in unserer Stadt dar. Fast täglich, Nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr, kann man solche Transporte vom Marktallgefangnis nach dem Werk- und Buchthaus beobachten. In Trupps von 8 bis 10 Mann werden diese Vermissten der Armen, theilweise gefesselt, durch die Straßen der Stadt befördert. Es ist ein Jammer, wenn man beobachtet, wie die Leute, theilweise nur in Lumpen gehüllt und theilweise sich als Krüppel nur mühsam fortbewegend, unter starker Schutzmännbegleitung transportirt werden. Eine solche Beförderung der Gefangenen ist einer Stadt in einem Kulturstaate unwürdig, denn auch jene Leute, die zum großen Theil Opfer unserer Gesellschaftsordnung sind, verdienen unser Mitgefühl. Möge man sich daher von Bürgerausschüsse die Kosten für die Anschaffung eines Transportwagens bewilligen lassen, damit diese einen jeden fühlenden Menschen tief verletzende Beförderungsart aufhört. Eine Kommune, welche 5000 Mk. beisteuern kann zur Hauptversammlung einer privaten Gesellschaft, wird doch hoffentlich noch einige hundert Mark übrig haben zur Beseitigung eines aller Menschlichkeit Hohn sprechenden Zustandes.

Verlorene Liebesmüh! Der schlechte Besuch eines vom Reichsverein, der bekanntlich schon auf den Hartmann gekommen ist, arrangierten patriotischen Festes giebt der „Eisenbahn-Zeitung“ Anlaß zu folgendem Klagegedicht:

So lange das Bürgerthum sich in Lübeck nicht auch zu einer politischen Gemeinschaft auf liberaler Grundlage zusammenfindet, so lange es sich nicht anfrucht, seiner Zersplitterung durch den Geist eifersüchtiger Parteien und Parteienentscheidungen entgegenzutreten, so lange werden sich große Volkseifer fernhalten. Je länger aber dieser Zustand dauert, desto mehr werden schließlich die Führer vereinsamen. Im nächsten Jahre kommt die Reichstagswahl; dann rückt die Sozialdemokratie in sich selbstgefaßt mit ihren Arbeiter-Bataillonen an. Die Führer des Bürgerthums verhandeln 4 Wochen vor der Wahl über eine gemeinsame Kandidatur, einigen sich natürlich nicht und dann werden im letzten Augenblick 3-4 Kandidaten aufgestellt. Wie soll da ein Erfolg erzielt werden? Tage wie Kaisers Geburtstag sollten Anlaß bieten, das gesammte Bürgerthum — nicht seine Parteien — zusammenzuführen. Steht erst einmal in guten Tagen zusammen, dann wird es sich auch in bösen Tagen wiederfinden. Wir empfehlen deshalb, daß sich für die Zukunft, wie früher für die Sedanfeier, hier ein großes Komitee aus Männern aller Kreise und aller bürgerlichen Parteinrichtungen bildet, das alljährlich eine große volkstümliche Kaiserfeier veranstaltet. Wir sind überzeugt, daß dann die Kolossal-Gäle die Schaar zu fassen vermögen. Das Vaterland, nicht die Partei, sei der Mahner, den wir am heutigen Geburtstage des Kaisers unserer Nationalliberalen, Freisinnigen, National-

Sozialen und allen übrigen bürgerlichen Parteien zurufen. Wer so dem Wahnsinn die Ohren versperret, der ist unter den in Lübeck nun leider einmal herrschenden Verhältnissen indirekt ein Förderer der Sozialdemokratie.“

Zur Beruhigung desjenigen Bürgerthums, welches nicht gern einem Reichsverein Gefolgschaft leisten möchte, sei bemerkt, daß die in sich fest gefügte Sozialdemokratie auch selbst bei einem Zusammenschluß aller hiesigen bürgerlichen Parteien „mit ihren Arbeiterbataillonen“ Stegerin bleiben würde. Die alte Travestie ist nun einmal durchweht vom Geist des „Umsturzes“; hiergegen nützen selbst die an den höchsten patriotischen Festtagen von der „Eisenbahn-Zeitung“ angestimmten Jeremiaden nichts mehr. Lübeck gehört der Sozialdemokratie, der Versuch, ihr diesen Besitz zu entreißen, charakterisirt sich als verlorene Liebesmüh!

Zur Stammmrolle haben sich am Mittwoch, den 29. ds. Mis., von 9-1 Uhr, anzumelden: die Militärpflichtigen der Stadt Lübeck und der Vorstädte, deren Name mit dem Buchstaben S. anfängt.

Vom Hafen. Innerhalb der letzten 14 Tage trafen auf dem Seewege 33 Dampfer und 2 Segler und auf dem Kanalwege 20 Fahrzeuge im hiesigen Hafen ein. Ein Dampfer hatte Steinkohlen und 2 Cotes geladen. An Schlachtvieh wurden während obiger Zeit 99 Rinder — davon 13 aus Schleswig-Holstein — und 1 Kalb eingeführt.

Stadttheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Mittwoch Abend beginnt Rosa Vertens vom Deutschen Theater in Berlin ihr Gastspiel als Ymetta in der „rothen Robe“ von Brizug, das sie Freitag als Elare in „Hüttensbesiger“ bereits benutzte. Donnerstag gastirt Thyra Doré als Carmen. Die Sängerin dürfte von ihren früheren Gastspielen her hier noch rühmlichst bekannt sein.

pb. Anonyme Brieffschreiberin. Festgenommen wurde eine hiesige Haushälterin, die ihren Dienstherrn nebst seinem ganzen Verwandten- und Bekanntenkreise durch Zusendung einer großen Anzahl anonymer Briefe auf das gröblichste verleumdete und beleidigte.

pb. Festgenommen wurden am gestrigen Tage wegen Bettelns 12 Personen.

In das Handelsregister ist die Auflösung der Gesellschaft der Firma Trost u. Co. und die Uebernahme der Firma von dem bisherigen Gesellschafter C. G. Winkler, als alleinigem Inhaber, eingetragen worden.

pb. Kleine polizeiliche Nachrichten. Ein Arbeiter brachte zur Anzeige, daß ihm gestern Morgen seine silberne Remontoiruhr mit der Fabriknummer 29981 abhanden gekommen und vermuthlich gestohlen sei. — In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde ein Schaulasten eines am Markt wohnenden Musikwaarenhändlers, anscheinend mittels Nachschlüssel, geöffnet und aus demselben 5 Mundharmonikas gestohlen.

Wilhelmshöhe. Der nicht bestätigte Gemeindevorstand. Bekanntlich ist seitens der Gemeindeversammlung drei Mal der Brodhändler und Kaufmann Schwarz zum Vorsitzenden des Gemeindevorstandes erkürt worden, drei Mal aber hat auch das Stadt- und Landamt ohne Angabe von Gründen nach berühmtem Muster die Bestätigung verjagt. Bei der dann vorgenommenen Neuwahl wurde der Gärtner Ehme zum Vorsitzenden des aus 3 Personen bestehenden Gemeindevorstandes erwählt; derselbe waltet nunmehr auch seit Anfang Dezember seines Amtes. Ihm wurde die Bestätigung nicht verjagt. — Doch wer nun glaubte, daß jetzt die aufgeregten Gemüther ihre „wohlverdiente“ Ruhe finden würden, der irte sich. Es traten nun Momente auf, die alle Gemeindeangehörigen, welche Interesse an ihrer Gemeinde haben, lebhaft interessirten. Am 20. November wurde in der Gemeindeversammlung auf Antrag des Gemeindevorstandes beschloffen, einen Gemeinderath an Stelle der Gemeindeversammlung einzuführen. In der Versammlung waren verschiedene Ansichten vertreten; vom Vorstand und einigen Gemeindevorstandesmitgliedern wurde beabsichtigt, das Klassenwahlsystem einzuführen. Dieser Anschlag wurde aber von anderer Seite entgegengetreten mit dem Hinweis darauf, daß nach den süßlichen Gesetzen die Einführung einer Klassenwahl nicht zulässig ist. Zur Einigung dieser Angelegenheit wurde dann eine Kommission gewählt, welche beschloß, von der Klassenwahl abzusehen und nach der Landgemeinde-Ordnung zu wählen. Ferner wurde von der Kommission eine Kandidatenliste, bestehend aus 12 Mitgliedern der Gemeinde, aufgestellt, wovon 6 zum Gemeinderath und 3 als Vertreter erwählt werden sollten. Der Vorstand und einige Herren waren der Ansicht, daß nur diese 12 Aufgestellten gewählt werden dürften. Diese Ansicht wurde aber von einigen Kommissionsmitgliedern entschieden zurückgewiesen und betont, daß die Gemeindeversammlung ebenfalls das Recht hätten, ihre eigenen Kandidaten aufzustellen; darauf erfolgte die Gemeinderathswahl am 29. November. Es waren 2 Parteien vorhanden und wurde folgendes Stimmenverhältniß erzielt: Wengenroth 141, Wriege 76, Dreß 72, Röttger 72, Koch 71, Schwarz 70, Schuster 70 und Dose 68 Stimmen.

Zu dieser Versammlung hatte sich der frühere Gemeindevorstand, Herr Wengenroth, eine Reihe Vertretungen von auswärts Wohnenden (sog. Forensen) verschafft. Von der Gegenpartei waren 8 Vertretungen von in der Gemeinde ansässigen Mitgliedern vorhanden; diese letzteren Vertretungen wurden vom Vorstand als nicht zulässig zurückgewiesen. Es wäre ein anderes Resultat erzielt worden, wenn diese 8 Vertretungen zur Wahl zugelassen wären. Auf eine diesbezügliche Beschwerde beim Stadt- und Landamt wurde der Gemeindevorstand angewiesen, binnen 4 Wochen eine Neuwahl anzubringen. Aus uns unbefannten Gründen wurde nun diese Versammlung auf den letzten Tag der vom Stadt- und Landamt angegebenen Frist, den 23. Januar, festgesetzt, aber nur 3 Tage vorher, wie das Gemeinde-Statut es verlangt, bekannt gegeben mit der Bemerkung, daß sämtliche nicht mit Grundbesitz angelegene stimmfähige Mitglieder den Nachweis der bürgerlichen Staatsangehörigkeit vor der Abstimmung zu erbringen hätten. In dieser kurzen Frist war es einigen Mitgliedern nicht möglich, sich den Ausweis zu verschaffen. Hierzu war der Vorstand aber auch gar nicht berechtigt. Nach Art. 20 der L. G. O. ist der Vorstand verpflichtet, ein genaues Verzeichniß der zur Ausübung des Gemeinderaths befähigten Gemeindevorstandesmitglieder zu führen, welches alljährlich neu festzustellen ist. Nebenbei bemerkt, ist die Aufstellung dieses Verzeichnisses seit 1896 nicht mehr geschehen. Für den Vorstand wäre es ein Leichtes gewesen, diese Liste aufzustellen, da alle Zugehörigen nach Art. 7 ihrer Staatsangehörigkeit Ausweis zu geben haben. Vom

Vorstand waren folgende Herren aufgestellt: Wengenroth, Dreß, Röttger, Denker, Bruhns und Ball, von der Gegenpartei die Herren Schwarz, Schuster, Wriege, Weiß, Dose und Kühn. Die Wahlbetheiligung war eine äußerst starke. Es waren 207 Stimmen anwesend, davon in der Hand des Herrn Wengenroth allein 53 Stimmen vereinigt, darunter 11 Stimmen vom Lübschen Staat. Nach dem § 6 des Gemeinde-Statuts kann ein Grundbesitzer nie mehr als vier Stimmen abgeben. Und trotz dieser enormen Vertretungen war das Wahlergebnis ein überraschendes. Es erhielten von den sechs vom Vorstande vorgeschlagenen Herren fünf 101 Stimmen und Wengenroth 102 Stimmen; von der Gegenpartei fünf Herren 103 Stimmen und Dose 102 Stimmen. Es hatte demnach eine Stichwahl zwischen Herrn Wengenroth und Dose stattzufinden; Herr Wengenroth verzichtete aber freiwillig hierauf, mithin waren Letztere gewählt. Bei der Abfassung des Protokolls, nachdem die meisten Anwesenden sich schon entfernt hatten, spielte sich ein kleiner Zwischenfall ab; Herr Wengenroth hatte sich die Sache nun wohl anders überlegt, denn er erklärte, daß, da die absolute Majorität mit 102 Stimmen nicht erreicht sei, die Stichwahl hätte stattfinden müssen. Herr Wengenroth scheint es nun darauf abgesehen zu haben, daß diese Wahl für ungültig erklärt wird, sonst hätte er, als er verzichtete, schon den Vorstand aufmerksam machen müssen, daß eine Stichwahl stattfinden muß. Als langjähriger Gemeindevorsteher wird er doch mit den einschlägigen Gesetzen bekannt sein; da der neue Vorstand den Herrn Wengenroth sonst bei allen Angelegenheiten zu Rathe zieht, glaubte er nach der Verzichtleistung des Herrn W., daß die Wahl erledigt sei. Jedenfalls glaubt Herr Wengenroth zu der eventuell stattfindenden Neuwahl noch einige Vertretungen erwischen zu können. Am Donnerstag den 30. Januar findet abermals eine Gemeinde-Versammlung bei Herrn L. Weiß, Wilhelmshöhe, statt. In derselben soll das Gemeinde-Budget festgestellt und außerdem sollen zwei Revisoren zur Prüfung der Abrechnung gewählt werden; ferner ist auf der Tagesordnung die Frage des artefischen Brunnens und der Sielanlage auf Wilhelmshöhe, sowie der Feuerwehr und Verschlebens. Der wichtigste Tagesordnung wegen ist es notwendig, daß diese Versammlung wieder stark besudt wird. — Die Geschichte dieser kleinen Gemeinde ist also, wie der Leser sieht, reich an verschiedenartigen Ereignissen. Bezeichnend ist es, daß allüberall die Reaktion zu gegebener Zeit drohend ihr Haupt erhebt und den Versuch macht, die Rechte der übrigen Bevölkerungsklasse zu unterdrücken. In vielen Fällen aber schlägt dieser Versuch fehl; so auch in Wilhelmshöhe. Hoffentlich bewahren sich die Gemeindevorstandesmitglieder dieser Gemeinde ihr steifes Rückgrat, denn ist allen reaktionären Anschlägen ein für allemal der Boden abgegraben.

Travemünde. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich am Sonntag Morgen in der Nähe des Dvendorfer Hofes. Der Rätbner Martens war mit seiner Frau, Vater und einem kleinen Kinde zur Kindtaufe nach Radekau gefahren. Auf dem Heimwege wurden die Pferde kurz vor dem Gute sehen und jagten in rasendem Galopp mit dem Gefährt die Landstraße entlang. Bei einer Biegung des Weges gerieth der Wagen in einen Graben und schlug um, sämtliche Insassen herausschleudernd. Hierbei trug das kleine Kind so schwere Verletzungen davon, daß es nach Verlauf von zwei Stunden starb. Der Kutscher erlitt einen Schlüsselbeinbruch, die Mutter einen Beinbruch und der Vater starke Gehirnerschütterung.

Mölln. Durch den Glockenschlag stürzte am Sonntag der Chorhabe Jakobson, der sich vor Beginn des Abendgottesdienstes mit mehreren anderen Knaben unbemerkt auf den Glockenboden der Kirche begeben hatte. Der Knabe soll bei diesem Fall glücklicherweise mit geringen Verletzungen davongekommen sein.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Eine Sturmfluth, wie sie Hamburg seit Jahren nicht mehr zu verzeichnen gehabt hat, hat Sonntag die Wasserkante wieder heimgeschickt. Alle tiefer gelegenen Räumlichkeiten standen unter Wasser. Verschiedentlich mußte die Feuerwehr zum Auspumpen der Wassermassen alarmirt werden. — Auf der Werft von Blohm u. Wolf in Hamburg brach Sonntag Nacht ein größeres Feuer aus, welches indessen nach kurzer Zeit gelöscht wurde. — In dem gestrigen schweren Sturm in der Nordsee ist die finnische Bark „Pansa“, die sich auf der Fahrt von Leith nach Hamburg befand, etwa 80 Seemeilen westlich von Helgoland untergegangen. Dem englischen Dampfer „Corfica“, der auf das Nothsignal der „Pansa“ herbeieilte, gelang es, 3 Mann der Besatzung, nämlich den ersten Steuermann, einen Matrosen und einen Schiffsjungen, die an Planken auf den Wogen trieben, mittelst Haken an Bord zu ziehen. Die übrige Besatzung ist ertrunken. Der Schiffsjunge, der besinnungslos war, starb bald nach der Rettung. Die „Corfica“ konnte wegen des schweren Sturmes kein Boot auslegen. Es haben also 10 Mann der Besatzung bei dem Untergang des Schiffes ihren Tod gefunden. — Der Schooner „Nicolaus“, mit feuerfesten Steinen von Grangemouth von Rendsburg bestimmt, ist in der Nacht zum Montag Nacht 12 Uhr in der Nähe Helgolands gesunken. 6 Mann der Besatzung wurden Morgens durch das Bootenboot in ganz erschöpftem Zustand gerettet. — Der Dampfer „Australian“ der Hamburg-Amerika Linie, von Hamburg kommend, ist infolge hohen Seeganges bei Doel, 3 Meilen von Antwerpen gestrandet. Schleppdampfer sind zur Hülfe abgegangen.

Hamburg. Zur Akfordmurerfrage. Wie unsererseits bereits mitgetheilt worden ist, hatten sich die aus den 3 Sozialdemokratischen Vereinen Hamburgs ausgeschlossenen Mitglieder der „Freien Vereinigung der Maurer“ an den Parteivorstand mit der Frage gewandt, was sie jetzt seien, ob noch Parteigenossen oder nicht. Der Parteivorstand hat diese Frage in gewissem Sinne bejaht; die Antwort desselben, welche nunmehr im „Vorwärts“ abgedruckt ist, hat folgenden Wortlaut:

Der Vorstand glaubt diese Frage am besten mit dem Hinweis auf die Bestimmungen der §§ 1, 2 unterm Organisations-Faktus beantworten zu können. Dort ist in § 1 gesagt, daß jede Person als zur Partei gehörig betrachtet wird, die sich zu den Grundzügen des Parteiprogramms bekennt und die Partei danach durch Geldmittel unterstützt.

Der § 2 aber, der von dem eventuellen Ausschluss aus der Partei handelt, stellt als Voraussetzung für diese Eventualität großen Verstoß gegen die Grundzüge des Parteiprogramms oder eine ehrsche Handlung fest. Da eine nach § 2 Abs. 1 des Orga-

...nationsrat... bespönte Handlung vorliegt, darüber entscheidet ein Schiedsgericht resp. die Kontrollkommission oder der Parteitag.
Die Entscheidungen dieser Instanzen liegen in Eurem Fall vor und beantwortet sich nach demselben Eure Anfrage.
Eure Ansicht aus der Partei ist von keiner der zuständigen Instanzen ausgesprochen worden.
Was nun die Wirkung des Ausschließungsbeschlusses der drei Hamburger Wahlvereine betrifft, so liegt es in der Natur der Sache, daß dieselbe nur lokaler Art sein kann, d. h. sich auf den Wirkungsbereich dieser lokalen Organisationen beschränken muß.
Unser Organisationsstatut enthält keine Bestimmung über die Art, wie sich die in den einzelnen Kreisen wohnenden Parteigenossen zu organisieren haben. Es ist dies ihrem eigenen Verstand überlassen. Den Traditionen in der Partei und einer Reihe von Parteitagbeschlüssen entspricht es aber, daß, wenn die Mehrheit der Genossen eines Ortes oder Kreises sich für eine bestimmte Form der lokalen Organisation entschieden hat, die einzelnen Genossen diesen Entschieden resp. folgen. Die Gründung von Sonderorganisationen seitens einer Minorität ist in der Partei von jeher verurteilt worden. Der Parteivorstand kann nur mit den von der Mehrheit der Parteigenossen mit der Wahrnehmung der Parteiinteressen (§ 3 des Organisationsstatuts) betrauten Vertrauenspersonen zur Entledigung der Parteigeschäfte in Betracht treten.
In welcher Form Ihr, als keiner lokalen Partiorganisation angehörende Genossen, der Partei gegenüber Eure Pflichten erfüllen wollt, muß Eurem Ermessen überlassen bleiben; aber als besondere Parteiorganisation können wir eine etwa von Euch ins Leben gerufene Organisation — neben den dort bestehenden Wahlvereinen — nicht anerkennen. Dasselbe gilt für die Ausübung der Parteirechte, soweit dieselben den örtlich organisierten Genossen zustehen. Nach bereits bei früheren Anlässen gefaßten Beschlüssen müßte der Parteitag eine von Euch als lokale Sonder-

organisation gesandte besondere Delegation zuzuschicken. Dagegen hat jeder von Euch das Recht, auf dem Parteitag als Delegierter zu erscheinen, wenn er als solcher von irgend einem Orte oder Kreise entsprechend den Bestimmungen des § 9 Ziffer 1 des Organisationsstatuts gewählt wird.
Mit Vorbehalt glauben wir Ihre Anfrage in genügender Weise beantwortet zu haben.
Mit dem Wunsche, daß es, trotz allem, was vorgefallen, bald gelingen möge, die Eintracht unter den vortigen Berufsgenossen des Bauergewerbes wieder herzustellen, mit sozialdemokratischem Grusse
Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei.
Wir können uns mit dieser Antwort des Parteivorstandes nicht einverstanden erklären. Dasselbe mag wohl den Bestimmungen des Organisationsstatuts entsprechen, den Empfehlungen der Parteigenossen aber entspricht sie u. G. nicht. Wir denken, daß jemand, der für unwürdig erachtet wird, noch fernerhin einem bestimmten sozialdemokratischen Verein, also einem Gliede der Partei, anzugehören, auch nicht mehr Mitglied der Partei, also Parteigenosse, sein kann. Für uns sind die Mitglieder der „freien Vereinigung“ trotz des Entschlusses des Parteivorstandes keine Parteigenossen mehr.
Kiel. Die Direktion der Germania werft hat auf Anfrage unseres dortigen Parteiorgans erklärt, daß sie deswegen Arbeiter von auswärts beziehe, weil es ihr an tüchtigen gelernten Arbeitern in Kiel mangle. Warum benutzt dann die Werft die von auswärts herangezogenen Arbeitskräfte als Lohnbrüder? Warum zahlt sie dann einen Lohn, für den ein Kieler qualifizierter Arbeiter nicht anfangen würde? Ferner würde es zweckmäßiger gewesen sein, wenn

die Werft in ihrer Antwort einmal die Gründe angegeben hätte, welche sie zur Entlassung anerkannt tüchtiger qualifizierter Arbeiter veranlaßt haben. Diese Fragen beantwortet die Werft nicht, sie weiß zur Genüge, daß sie mit ihrem Antwortschreiben nur eitel Spiegelfechtere getrieben hat. Die ganze Antwort fällt in sich selbst zusammen, wenn man bedenkt, daß selbst die Meister — wie uns mehrere Lübecker Metall- und Werftarbeiter, welche in Kiel gewesen sind, bestätigten — ihrem Erstaunen über die Annahme von neuen Arbeitern Ausdruck gaben, weil sie selbst nicht einmal für ihre alten Leute etwas zu thun hatten. Vielleicht äußert sich die Werft hierüber auch einmal in offener Weise.

Nus Nah und Fern

Ein gewichtiger Entlassungsgrund. In dem Dorfe Meerenschwand (Kanton Aargau) war, wie man der „Frank. Ztg.“ schreibt, ein Mädchen vorzeitig aus der Schule entlassen worden, weshalb die Schulpflege von verschiedenen Seiten Angriffen ausgesetzt war. Ein Mitglied derselben rechtfertigt nun das Vorgehen der Schulbehörde also: Allerdings wurde von der Schulpflege ein Mädchen unter 14 Jahren aus der Schule entlassen. Der Grund ist aber auch ein gewichtiger. Die Tochter hat das respectable Gewicht von über 150 Pfund erreicht. Die Schulpflege fand, solche Jungfern passen nicht mehr in die Primarschule. Die Begründung dieser Ansicht gehört nicht in die Zeitung. Sobald wieder eine 75 Kilo erreicht hat, wird ihre Maturität ohne Prüfung abermals anerkannt werden.

Apfelsinen. Waggonladung
In Anbetracht der ganz vorzüglichen Qualität der Sonnabendjuphr kaufe ich davon eine Waggonladung und traf dieselbe soeben hier ein. Um nur vorzüglich: Waare zu liefern, ließ ich diesmal die allerbilligsten Sorten ganz sehen und laufe nur das Beste bis zum Allerfeinsten, was der Hamburger Markt bietet. Trotz der besseren Waare liefere ich auch diese, kleine, 3 St. 10 Pfg., davon große ausgekocht 5 St. 20 Pfg., 30 St. 1 Mk., 100 St. 3 Mk. Andere Sorten dieser Preisen entsprechend. Um recht regen Einkauf bittet
Karl Voss, Südfrucht-Specialgeschäft, Holstenstraße 27. Fernsprecher 1169.
NB. Bei Einkäufen von 1 Mk. aufwärts liefere von jetzt ab auf Wunsch frei Haus.

Meinen lieben Freunden und Mitarbeitern der Kochischen Werft sage ich hiermit für die gütige Unterstützung meinen besten Dank.
Heinrich Börth.
Zu vermieten am 1. April Mengstraße 68 eine 5 Zimmern Wohnung Nr. 180, 2 Wohnungen, Sintergebäude, a Nr. 140.
Mäheres Bedergarbe 59
Einem geehrten Publikum von Moisling und Umgegend die Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage eine

Pferde-Verkauf.
Ein großer Transport erstklassiger Lugus-, Reit- und Wagenpferde, sowie auch dänischer Pferde, steht von Sonntag ab im Gasthof „Reuterkrug“, Moislinger Allee, zum Verkauf.
F. Barkmann & Co., Bierdeggeschäft.

Prima Gemüse-Conserven
aus der Fabrik von D. H. Carstens, hier zu herabgesetzten Preisen.
2 Pfd.-Dose Bohnen 30 Pfg.
2 Pfd.-Dose Schnittbohnen 30 Pfg.
2 Pfd.-Dose junge Erbsen 50 Pfg.
Fr. Geist, Gürtlerthor-Allee 5.
Gebrannt. Caffee
hochfein von Aroma, Pfd. 80 Pfg.
Bruch-Caffee
von vorzüglich reinem Geschmack, Pfd. 65 Pfg.
Joh. Nagel, Engelsgrube 51.

Brod-, Mehl- und Futterstoff = Handlung
errichtet habe und bitte ich, mich in meinem Bestreben gütig unterstützen zu wollen.
Franz Lembcke, Moisling.

Hochfeine Margarine!
Special-Marke „Natur.“
An Qualität unübertroffen! Bräunt wie beste Naturbutter!
Fabrikanten: **Klatt & Dittmann, Altona-Ottensen,**
ist erhältlich in folgenden Geschäften:
H. L. Wiegels, Fischegrube (vorm. J. C. Bunge)
H. Wiedow, Engelsgrube.
Gustav Herrmann, Balanierstr.
Aug. Döbber, Finkenstr.
Joh. H. Fick, Bahnhofsstr.
H. Waedow, Bauhof.
Johs. Holst, Dammgrube.
L. M. Puls, Hansstraße.
Heinr. Leyermann, Klappenstraße.
Carl Gühlike, Westhoffstraße.
Carl Will, Sedanstraße.
H. J. Hannemann, Kerpensstraße.
Carl D. Dürkop, Steinradweg.
Emil Tetzlaff, Brodesstraße.
Weitere Verkaufsstellen werden errichtet durch den Vertreter:
Leopold Dose, Lübeck, Breitestraße 3, Fernsprecher 811.

Geräucherte Mettwurst
(schöne feste Waare)
per Pfund 1,00
Fr. Geist, Gürtlerthor-Allee 5.

Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an.
Die Druckerei des Ldb. Volkshoten.

Inventur-Ausverkaufs!
Kette! Kette! Kette!
von schwarzen u. farbigen Kleiderstoffen, Schürzenstoffen, Handtüchern, Semdentuch, Tafeldecken, Gardinen, Bettbezügen, Unterröcken, Kinderhosen, Achselhosen, Wäsche, Cravatten.
Ein Posten Tisch- und Gläsertücher, ein Posten Normal-Unterzeuge, ein Posten Socken und Strümpfe, ein Posten Damen-Blousen.
Sämtliche Artikel sind extra angelegt und werden zu sabelhaft billigen Preisen abgegeben.
Sündige Gelegenheit für Einläufe zur Confection.
Bahr & Umlandt
31 Breitestraße 31
Margarine
beste Marken in frischer Waare
per Pfund von 60 Pfg. an.
Fr. Geist, Gürtlerthor-Allee 5.

Meßer und Scheeren
werden geschliffen und repariert.
Fahrad-Reparaturen.
Heinr. Oldorf, Moislingstr. 8.

Planmenuns
per Pfund 25 Pfg.
Fr. Geist, Gürtlerthor-Allee 5.

Buchweizenabfall
hat vorzüglich. Auch bringe allen Freunden und Bekannten meine
Colonial- und Fettwaaren
in freundliche Erinnerung.
G. Goldenbogen, Bremer Kamp.

Als billige und gute Einkaufsquelle
von Essig, Essigsprit, Heringen, Salzgurken, Sauerkohl, Anchovis, Käse u. S. W.
waren wir
H. L. Wiegels
vorm. J. C. Bunge
61 Fischegrube 61 empfehlen.
Fr. Geist, Gürtlerthor-Allee 5.

Tilsiter Käse
(gut abgeleget)
per Pfund 35 Pfg. an.
Fr. Geist, Gürtlerthor-Allee 5.

Fr. Geist, Gürtlerthor-Allee 5.
Fr. Geist, Gürtlerthor-Allee 5.
Fr. Geist, Gürtlerthor-Allee 5.

W. Möller, Schuhmacher,
Hundestraße 38.
Herrenstiefel - Sohlen und Absatz 2 Mk.
Damen - - - - - 1,40 Mk.
Kinder - - - - - 80 Pfg.
Jede andere Reparatur wird billig angefertigt.

Fr. Geist, Gürtlerthor-Allee 5.
Fr. Geist, Gürtlerthor-Allee 5.
Fr. Geist, Gürtlerthor-Allee 5.

Gebranntes Caffee
vorzügliche Qualitäten, stets frische Bohnen
per Pfd. von 80 Pfg. an.
Fr. Geist, Gürtlerthor-Allee 5.

Bunteküh-Doppel-Kümmel,
Bunteküh-Einfach-Kümmel
in halben u. ganzen Flaschen.
Fr. Geist, Gürtlerthor-Allee 5.

Täglich sämtliche Backwaaren, Morg. 4 1/2 Uhr frische Semmel, sowie täglich frische Milch, Butter und Käse aus der Hansa-Meierei empfiehlt
H. Lohr, Chasotstraße 3.
NB. Alle Buttermilch zu Schweinefutter ist täglich vorrätlich.

Apfelsinen
— süße saftige Frucht —
per Dtzd. 40 u. 80 Pfg.
Fr. Geist, Gürtlerthor-Allee 5.
Stadt-Theater.

Mittwoch den 29. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr.
101. Abon.-Vorst. 121. Vorst. 17. Mittwoch-Ab.
1. Gastspiel von
Rosa Bertens
vom Deutschen Theater in Berlin.
Die rothe Robe.
(La robe rouge)
Schauspiel in 4 Akten von Eugene Brien.
Donnerstag den 30. Januar, Anfang 7 Uhr.
102. Abon.-Vorst. 122. Vorst. 16. Donnerstag-Ab.
1. Gastspiel von Thèa Dorré.
Carmen.
Freitag den 31. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr.
Lehtes Gastspiel von
Rosa Bertens
vom Deutschen Theater in Berlin.
Der Hüttenbesitzer.